

## Mündliche Anfragen

zur 23. Fragestunde

in der 86. Plenarsitzung vom 21. Februar 2019

1. Anfrage des Abg.  
Lars Patrick Berg AfD

Eingang: 13. 02. 2019

### **Zukunft der freiwilligen Polizei**

- a) Aus welchen Gründen kommt die Landesregierung – auch im Hinblick auf den Koalitionsvertrag – dem Beschluss der CDU Baden-Württemberg vom 22. September 2018 zum Freiwilligen Polizeidienst, worin – neben der Aufstockung auf die Mannstärke von 2011 – die identische Ausrüstung von hauptamtlichen und freiwilligen Polizisten einschließlich Bewaffnung gefordert wird, nicht nach?
- b) Welche konkreten Bemühungen hat die Landesregierung angestellt, um ein Konzept zur Neuaufstellung des Freiwilligen Polizeidienstes zu erarbeiten?

2. Anfrage des Abg.  
Reinhold Gall SPD

Eingang: 14. 02. 2019

### **Evaluation zum Maßnahmenplan Landesstraßen**

- a) Welche Pläne verfolgt die Landesregierung bei der Evaluation und Überarbeitung des Maßnahmenplans Landesstraßen im Jahr 2019 bezüglich Ortsumfahrungen?
- b) Wie beurteilt die Landesregierung den von der Gemeinde Eppingen und der Bürgerschaft im Stadtteil Richen seit 2015 angestrebten Neubau der Ortsumfahrung im Eppinger Stadtteil Richen vor dem Hintergrund der Evaluation zum Maßnahmenplan Landesstraßen?

3. Anfrage des Abg.  
Ramazan Selcuk SPD

Eingang: 14. 02. 2019

### **Umsetzung des neuen Baden-Württemberg-Tarifs (BW-Tarif)**

- a) Weshalb ist der neue Baden-Württemberg-Tarif nur elektronisch über die App und am Bahnhof, nicht aber an den Automaten der Verkehrsverbünde erhältlich?
- b) Weshalb sind der Geltungsbereich des Baden-Württemberg-Tarifs und der des Baden-Württemberg-Tickets nicht identisch, sodass man beispielsweise mit dem Baden-Württemberg-Ticket nach Lindau fahren kann, nicht aber mit dem Baden-Württemberg-Tarif?

4. Anfrage der Abg.  
Dr. Boris Weirauch und  
Sabine Wölfle SPD  
  
Eingang: 14. 02. 2019
- Registrierung einer Anschrift von Personen, die sich in Einrichtungen zum Schutz vor häuslicher Gewalt aufhalten**
- a) Mit welcher Begründung hält die Landesregierung eine Registrierung nur eines Teils der Anschrift oder einer von der Wohnung abweichenden Anschrift im Melderegister, insbesondere im Fall von Personen, die sich in Einrichtungen zum Schutz vor häuslicher Gewalt aufhalten, für unvereinbar mit § 2 des Bundesmeldegesetzes (BMG)?
- b) Wie gewährleistet sie trotz dieser Rechtsauffassung weiterhin den Schutz von Personen, die sich in Einrichtungen zum Schutz vor häuslicher Gewalt aufhalten?
5. Anfrage des Abg.  
Harald Pfeiffer AfD  
  
Eingang: 14. 02. 2019
- Attraktivität von Pkw-Mitfahrgelegenheiten für Berufspendler**
- a) Was tut die Landesregierung, um das Angebot von Park-and-ride- und Mitfahrerparkplätzen im Landkreis Böblingen zu verbessern?
- b) Plant die Landesregierung, Fahrgemeinschaften von Fahrverboten beispielsweise in Stuttgart auszunehmen?
6. Anfrage des Abg.  
Rainer Hinderer SPD  
  
Eingang: 15. 02. 2019
- Landesarbeitsgemeinschaft Impfen**
- a) Wann wird die am 20. April 2018 von Minister Lucha ins Leben gerufene Landesarbeitsgemeinschaft Impfen erstmals zusammentreten, um, wie damals vom Minister angekündigt, „die Schlagkraft der vielen Aktivitäten zur Steigerung der Impfakzeptanz“ zu erhöhen?
- b) Sollte es noch zur Konstituierung kommen: Was sind die ersten konkreten Ziele der Landesregierung innerhalb der Landesarbeitsgemeinschaft Impfen?
7. Anfrage des Abg.  
Dr. Erik Schweickert FDP/DVP  
  
Eingang: 18. 02. 2019
- Baumaßnahme „Kreuzbachbrücke“ Iptingen und Möglichkeit einer Geschwindigkeitsreduzierung von Nußdorf kommend**
- a) Wann wird die Baumaßnahme zur Errichtung eines neuen Brückenbauwerks an der „Kreuzbachbrücke“ in Iptingen fertiggestellt sein?
- b) Inwieweit ist der Landesregierung bekannt, dass es ein Angebot zur Kostenübernahme seitens der Gemeinde Wiernsheim gibt, eine Maßnahme zur Geschwindigkeitsreduzierung am Ortseingang von Iptingen an der L 1135 aus Richtung Nußdorf kommend einzurichten?